

Forderung zum Tag der Kinderarbeit | Produkte aus Kinderarbeit vom österreichischen Markt verbannen

Noch immer müssen 152 Millionen Mädchen und Buben arbeiten, um zum Überleben ihrer Familien beizutragen. Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für globale Entwicklung, forderte, Produkte aus Kinderarbeit vom österreichischen Markt zu verbannen.

17.21 Uhr, 11. Juni 2019

Einen stärkeren Kampf gegen Kinderarbeit weltweit fordern anlässlich des **"Welttags gegen Kinderarbeit"** am Mittwoch Hilfsorganisationen und Politiker. Das UNO-Kinderhilfswerk **UNICEF** und die Kinderschutzorganisation **"terre des hommes"** erklärten am Dienstag, dass noch immer 152 Millionen Mädchen und Buben arbeiten müssen, um zum Überleben ihrer Familien beizutragen.



Sujetbild © APA/HELMUT FOHRINGER

Ausbeuterische Arbeitsbedingungen

Das sei **fast jedes zehnte Kind auf der Welt**, sagte UNICEF. Fast die Hälfte von ihnen (**73 Millionen**) leide unter **Arbeitsbedingungen, die gefährlich oder ausbeuterisch** seien. Die meisten von Kinderarbeit betroffenen Buben und Mädchen leben in Afrika (**72 Millionen**), gefolgt von Asien (**62 Millionen**). **Über 70 Prozent der arbeitenden Mädchen und Buben seien in der Landwirtschaft tätig.** In Afrika ist die Verbreitung von Kinderarbeit laut Kindernothilfe drastisch: eines von fünf Kindern muss teils ausbeuterischen Arbeiten nachgehen, um zu überleben.

Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für globale Entwicklung, forderte, Produkte aus Kinderarbeit vom österreichischen Markt zu verbannen. "Es ist eine Schande, dass weltweit 73 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten müssen", erklärte die Nationalratsabgeordnete in

einer Aussendung. "Es braucht einen gesetzlichen Rahmen, der klare Sorgfaltspflichten für die HändlerInnen und ProduzentInnen definiert. Ziel ist, Produkte, in denen Kinderarbeit steckt, vom Markt zu verbannen. Ist es auf EU-Ebene noch nicht möglich, müssen wir fortschrittlichen EU-Mitgliedstaaten wie den Niederlanden folgen und einen nationalen Vorstoß machen."

Auch das christliche Hilfswerk "Jugend Eine Welt", die **Dreikönigsaktion (DKA)** der Katholischen Jungschar und die deutschsprachige Provinz der Don-Bosco-Schwestern riefen zur stärkeren Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit auf. Auch die DKA regte an, sich die Niederlande oder Finnland zum Vorbild zu nehmen. Die Aktion appelliert an die heimische Politik, eine gesetzlich verbindliche Verankerung von umfassenden menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten zu verabschieden. Ein solches Gesetz wäre ein Meilenstein, um sicherzustellen, dass Produkte, die in Österreich erhältlich sind, frei von ausbeuterischer Kinderarbeit sind, heißt es in einer Aussendung am Dienstag.

Um für das Thema Aufmerksamkeit zu generieren, starteten die DKA und die Künstlerinitiative **"Butterfly Rebels"** die E-Mail Aktion "Kinderarbeit stoppen". Bisher haben sich bereits laut Angaben der Organisatoren rund 100.000 Menschen der Aktion angeschlossen und Protest-E-Mails an österreichische Abgeordnete zum National- und Bundesrat verschickt. Auch 55 Politiker schlossen sich demnach den Forderungen der Initiative an. Vor der Nationalratswahl richtet die DKA nun den Appell an Politiker, die Forderungen der Aktion "Kinderarbeit stoppen" in ihre Parteiprogramme aufzunehmen. Um das Anliegen voran zu treiben, starten DKA und "Butterfly Rebels" am Mittwoch eine Postkartenaktion, die sich an die Parteizentralen und Spitzenkandidaten richtet. Unterzeichnen kann man die Postkarten unter www.kinderarbeitstoppen.at oder beim Aktionstag gegen ausbeuterische Kinderarbeit am Mittwoch von 15 bis 19 Uhr am Platz der Menschenrechte in Wien.

In Deutschland starteten das Hilfswerk Brot für die Welt und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) einen Online-Appell. Die Unterzeichner sollen den Deutschen Bundestag auffordern, ein Gesetz zu beschließen, das Unternehmen in Deutschland wirksam dazu verpflichtet, für die Einhaltung der Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette zu sorgen. Selbstverpflichtungen und Absichtserklärungen der Unternehmen reichten nicht aus, erklärte Brot für die Welt. "Wir brauchen ein Gesetz mit konkreten Sanktionen für Unternehmen, die Kinderarbeit entlang ihrer Lieferkette dulden", erklärte die Präsidentin des Hilfswerks, Cornelia Füllkrug-Weitzel. Die Unternehmen müssten verpflichtet werden, wirksame Melde- und Kontrollsysteme einzuführen und bei Verstößen sanktioniert werden - etwa durch den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen.

Hunderte Millionen Kinderarbeiter

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Zahl der arbeitenden Kinder laut UNICEF zwar stark gesunken - von 246 Millionen im Jahr 2000 auf 152 Millionen 2016. Der Rückgang habe sich zuletzt aber verlangsamt. "Wenn der Fortschritt lediglich im aktuellen Tempo weitergeht, werden auch im Jahr 2025 noch 121 Millionen Mädchen und Jungen von Kinderarbeit betroffen sein", so die

UN-Organisation.

Besonders gefährlich ist die Arbeit im Kakaoanbau, betonen die Gewerkschaft PRO-GE und Südwind. Obwohl sich die Schokoladenkonzerne zu einem Ende der Kinderarbeit im Kakaoanbau bis 2020 verpflichtet hätten, würden noch immer rund zwei Millionen Kinder im Alter zwischen fünf und 17 Jahren allein in Ghana und der Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire) in diesem Sektor arbeiten. Diese Kinder müssten nicht nur schwere körperliche Arbeit leisten, ein großer Teil davon sei auch gefährlich mit hoher Verletzungsgefahr. So schleppen sie zum Beispiel Säcke mit Kakaobohnen oder Wasser für die Behandlung mit Insektiziden und schlagen die Schoten mit Macheten auf. Viele dieser Tätigkeiten seien gemäß Internationaler Arbeitsorganisation ILO für unter 17-Jährige strengstens verboten.

Morgenpost der Chefredaktion (<https://www.kleinezeitung.at/service/5404116/>)



(<https://www.kleinezeitung.at/service/5404116/>)

Holen Sie sich jetzt Ihr Nachrichten-Frühstück mit den spannendsten Ereignissen des Tages, kommentiert von unserer Chefredaktion.

JETZT ANMELDEN > ([HTTPS://WWW.KLEINEZEITUNG.AT/SERVICE/5404116/](https://www.kleinezeitung.at/service/5404116/))

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN